

GRÜNE JUGEND Göttingen



Grünes Zentrum
Lange Geismarstraße 73
37073 Göttingen
presse-goettingen@gj-nds.de
gj-goettingen.de
www.twitter.com/gjgoettingen

Göttingen, 04.04.2017

Pressemitteilung (Nr. 14/2017)

GRÜNE JUGEND Göttingen kritisiert unverhältnismäßige Mieterhöhungen in Wohnheimen des Studentenwerkes

Zu Beginn diesen Jahres hat das Studentenwerk Göttingen die Mietpreise seiner Wohnheime massiv angehoben. Im Durchschnitt sind die Mieten um 37€ gestiegen, in manchen Wohnheimen kam es zu Erhöhungen um 50%. Als Grund hierfür werden notwendige Sanierungen angegeben. Außerdem versucht das Studentenwerk die studentische Selbstverwaltung vieler Wohnheime zu zerschlagen und bestehende Kollektiv-Mietverträge zu untergraben. Beides kritisiert die GRÜNE JUGEND Göttingen scharf. Die GJ unterstützt darüber hinaus die „Wohnrauminitiative“ und das „Bündnis Wohnheime gegen Mieterhöhungen“ in ihren Anliegen.

*Dazu ein Mitglied der GJ Göttingen: „Die Mietpreiserhöhungen des Studentenwerks stellen vielfach eine für die Student*innen unzumutbare Belastung dar. In einigen Wohnheimen liegt die Miete nun über den im BaFöG vorgesehenen Beträgen. Hierdurch wird der Zugang zu Bildung für Student*innen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen erneut erschwert. Diese Hürde stellt einen Affront gegen das Ziel der Bildungsgerechtigkeit dar und widerspricht damit der Satzung des Studentenwerks kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren solidarisieren wir uns mit den Bewohner*innen, die für die Kollektivmietverträge kämpfen und ihre Unterschrift unter den Einzelmietverträgen verweigern. Das Studentenwerk muss zurück an den Verhandlungstisch. Die fristlosen Kündigungen sind unverzüglich zurückzuziehen. Angedrohte Räumungsklagen seitens des Studentenwerks müssen unterbleiben. Die eskalative Haltung des Studentenwerks missbilligen wir.“*

Das GJ-Mitglied weiter: „Bei dem Entscheidungsprozess über die Mieterhöhungen wurden die studentischen Selbstverwaltungen weder hinzugezogen noch in Kenntnis gesetzt. Wir fordern, dass diese zukünftig bei derartigen Entscheidungsprozessen die Möglichkeit bekommen sich zu beteiligen. Es kann nicht sein, dass das Studentenwerk regelmäßig mit seinen Entscheidungen Unverständnis bei den Studierenden hervorruft. Dies zeigt, dass das Studentenwerk nicht im Sinne derer handelt, die es eigentlich unterstützen soll. Die ständige Betonung der Alternativlosigkeit wirtschaftlichen Handelns bedeutet doch, dass die jetzige Finanzierung des Studentenwerks falsch strukturiert ist. Hier ist neben dem Studentenwerk auch die Rot-Grüne Landesregierung gefordert, diese Umstände im Sinne der Studierendenschaft zu ändern. Es ist inakzeptabel, dass in der

Bildungspolitik an dieser Stelle neoliberalen Idealen hinterhergelaufen wird.“

Wohnrauminitiative: <https://www.facebook.com/Wohnrauminitiative>

Bündnis Wohnheime gegen Mieterhöhungen:

<https://www.facebook.com/BuendnisWohnheimeGegenMieterhoeihungen/>